Antifaschistische Aktion

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

September 2017 • No 38 • 0.8€

ARMUT UND RASSISMUS SIND NICHT ABWÄHLBAR!

15. OKTOBER: AKTIVER WAHLBOYKOTT!



Noch nie sind so viele Parteien, Listen und „Bewegungen" zur Wahl angetreten wie bei der kommenden Nationalratswahl am 15. Oktober. Alle geben sich als „neue" Kraft in der politischen Landschaft Österreichs, und doch sind es die selben alten Parteien und Politiker die sich bisher durch Korruption, Armutsprogramme und rassistische Gesetze ausgezeichnet haben. Was haben wir, die Mehrheit der Bevölkerung, bei diesen Wahlen zu gewinnen?

Seite 6,7

WEHRT EUCH UND KÄMPFT!

KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
red.afa@gmx.at

VERKAUF

Die ***Antifaschistische Aktion*** *kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

Buchhandlung Liber Wiederin
Elerstraße 6
6020 Innsbruck

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die **Antifaschistische Aktion** 11 Mal im Jahr per Post dirket nach Hause zu bekommen!
Kosten: 20 Euro
Bestellung an:
red.afa@gmx.at

Die Antifaschistische Aktion erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

15 Jahre „A Nova Democracia“

Die revolutionäre brasilianische Zeitung A Nova Democracia feiert heuer ihr 15-jähriges Bestehen! Aus diesem Anlass wurde in Brasilien eine Festveranstaltung der Redaktion abgehalten.

„A Nova Democracia“ (AND) bedeutet „Die Neue Demokratie“ und ist der Name der revolutionären Volkszeitung in Brasilien. Die Zeitung berichtet aus den Klassen- und Volkskämpfen im Land und International. Die Zeitung schreibt über verschiedenste Themen wie dem Kampf der armen Bauern, den Frauen, die Gräueltaten des brasilianischen Staates am Volk, die Geschichte der Arbeiterbewegung oder auch internationale Solidaritätsaktionen. Sie ruft zum Kampf gegen den Imperialismus auf und zeigt den Menschen eine Perspektive, für die es sich zu kämpfen lohnt. Wir gratulieren unseren GenossInnen der A Nova Democracia zu ihrem 15. Gründungsjahr und wünschen ihnen weiterhin viel Erfolg bei ihrer revolutionären Arbeit, bei ihre vorbildhaften Arbeit im Dienste des Volkes!



Die Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag wurden im August abgehalten, nur einen Monat vorher ist der Gründer der Zeitung Jose Moreira Chumbinho, gestorben. Nachdem er sich im Widerstand gegen die faschistische Militärdiktatur und später in innerparteilichen Linienkämpfen der Kommunistischen Partei entwickelte, war Jose Teil des „roten Flügels“ der Kommunistischen Partei von Brasilien (PCdoB). Selbstlos stellte er die journalistische Arbeit im Interesse des Volkes immer an die erste Stelle. Durch die Zeitung werden bis heute die Massen in Brasilien für die neudemokratische Revolution mobilisiert und organisiert, und sie wirkt als maßgeblicher Mobilisator für die starke Arbeiter- und Bauernbewegung. Sie verleiht den Kämpfern und Kämpferinnen im nationalen Befreiungskampf Orientierung und Perspektive.

Jose Moreira Chumbinho war der Gründer der Zeitung und arbeitete bis 2007 als Chefredakteur der „A Nova Democracia“. Er ist ein leuchtendes Beispiel und Vorbild sein Leben in den Dienst des Volkes und der Revolution zu stellen!

Jose Moreira Chumbinho, Kommunist und Gründer der Zeitung "A Nova Democracia".



USA

Vereint euch gegen den Faschismus!

Am 12.08.17 gab es einige Proteste in Charlottesville (Virginia, USA). Dabei trafen Antifaschisten und Faschisten aufeinander. Unter dem Motto „vereint die Rechten“, versammelten sich verschiedene rassistische und faschistische Gruppen u. a. der Ku Klux Klan und die Alt-Right-Bewegung. Der faschistische Marsch war gegen die Entfernung einer Statue des Konföderierten-General Robert E. Lee aus dem Amerikanischen Bürgerkrieg (1861 bis 1865). Lee führte Mitte des 19. Jahrhunderts die Südstaaten-Truppen und kämpfte für den Fortbestand der Sklaverei.

Noch vor Beginn des Marsches kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Faschisten und Antifaschisten. Die Polizei griff mit Tränengas und Verhaftungen ein und verhängte ein Versammlungsverbot.

Kurze Zeit später raste ein Auto gezielt in die Menschenmenge der antifaschistischen Kundgebung. Dabei erfasste das Auto einige Demonstranten. 19 Antifaschisten wurden bei dieser feigen faschistischen Attacke verletzt, eine Frau wurde ermordet.



Wie eng der US-Präsident Trump mit den offenen Faschisten und Nazis in den USA verbunden ist, zeigte er in aller Deutlichkeit in dem er den Mord einfach unter den Tisch fallen ließ, und die „Gewalt auf beiden Seiten“ verurteilte. Nicht verwunderlich, waren es doch seine eigenen Leute die dort demonstrierten. Vor allem der "gemäßigtere" Flügel des erzreaktionären Ku-Klux-Klans ist ein wichtiger Unterstützer Trumps, schon bei den Wahlen und nun auch als Fußtruppen der Regierung gegen die antifaschistische Bewegung.

Die Faschisten schrecken vor nichts zurück und gehen über Leichen. Auch in Europa kommt es immer wieder zu Gewalt und auch zu Morden an Antifaschisten. Seitens der Polizei kann sich die antifaschistische Bewegung keine Hilfe erwarten, die unzähligen Beispiele beweisen das. Daher ist es umso wichtiger einen antifaschistischen Selbstschutz zu gewährleisten. Die ermordete Antifaschistin wird durch all jene Kräfte gerächt werden, die diese Aufgabe nun mit aller Kraft anpacken.

Kämpfender Antifaschismus voran!
Kein Vergeben, kein Vergessen!
Tod dem Faschismus und Imperialismus!



OFR, ZIB Magazin vom 27.6.2017

Antimuslimischer Rassismus

ÖSTERREICH

Verschleierungsverbot

Am 1. Oktober tritt das Verschleierungsverbot in Kraft. Islamverbände werden jetzt verstärkt aktiv und empfehlen ihren Mitgliedern das Tragen von Verschleierungen, um bis zum 1. Oktober Fakten zu schaffen, um die Durchsetzung dieses Gesetzes so schwer als möglich zu gestalten - in der Hoffnung, dass die Polizei davor resignieren wird und dieses Gesetz zum toten Recht wird, also nicht mehr exekutiert werden kann.

Auch das Kopftuchverbot tritt immer weiter in den Vordergrund. Außenminister Kurz unterstellt der bosnischen Regierung vor allem in Sarajevo, Frauen dafür zu bezahlen in Burka oder mit Kopftuch herum zu laufen. Dies entprcht nicht den Tatsachen, wie viele Islamverbände in Bosnien bestätigen.

Fake-News

„Schockstudien“ und „Unfassbarkeiten“ über Muslime dominieren Medien und Wahlkampf. Kein Tag vergeht ohne haufenweise Falschmeldungen, die keinen anderen Zweck verfolgen als Rassismus zu verbreiten.

„Wirbel um Festessen für Muslime im Jugend-Häfen“ (Schlagzeile aus der Kronenzeitung)

“Amt rät: Bauern sollen keine Schafe an Moslems verkaufen“
(*Schlagzeile aus der Heute, vom 30.09.17)*

Zum Beispiel wird im Krone-Artikel „Wirbel um Festessen ...“ die Lüge verbreitet, ein muslimischer Jugendlicher hätten ein von Steuergeldern bezahltes Ramadan-Festmahl im Gefängnis serviert bekommen. Das „Festessen“ war in Wirklichkeit eine Spende von Privatpersonen. Oder: Auf Grund des bevorstehenden muslimischen Kurbanfestes (Opferfest) verbreitete eine Bezirkshauptmannschaft aus der Steiermark einen "Warnbrief" an alle Bauern, keine Schafe an Muslime zu verkaufen, da diese die Tiere "opfern" würden. Nicht nur ist dieser Artikel rassistisch bis dort hinaus, ebenso ist er falsch. Der "Warnbrief" ist rechtswidrig, es gibt keine rechtliche Grundlage für diesen "Rat" des Amtes. Um Rassismus zu schüren werden jedoch auch plumpe Unwahrheiten gern gebraucht. Methoden wie diese, manchmal sogar beinahe die selben Slogans, nutzten vor allem die Nazis, im Dienste des Antisemitismus.

Österreichischer Söldner und Kriegsverbrecher im Kampf um die „Verteidigung Europas“

Auffallend zurückhaltend äußerten sich die bürgerlichen Medien in Österreich zum Freispruch des Kriegsverbrechers Benjamin Fischer, Kampfname „Sam Fisher“, anfang Juni. Obwohl diese Ereignisse nun schon etwas zurückliegen denken wir, diesem Fall gebührt genauere Betrachtung.



Der Vorarlberger Benjamin Fischer war jahrelang für das österreichische Bundesheer, in der Spezialabteilung „Jägerbataillon 18“, das in der Steiermark ausgebildet wird, tätig. Das Jägerbataillon 18 war nicht unwesentlich beteiligt an der späteren „Karriere“ die Fischer machte, auf ihrer Homepage werben sie speziell dafür, dass „die Stärke des Jägerbataillon 18 in seiner zielorientierten Menschenführung liegt“. Auf welches Ziel orientiert wurde, ist am Beispiel Benjamin Fischer deutlich zu erkennen: Freiwilliger der KFOR im Auslandseinsatz im Kosovo, danach in Bosnien, mit dem Ziel der Verteidigung der österreichischen Interessen im Ausland.



Benjamin wollte aber „mehr“ für die Verteidigung des österreichischen Imperialismus tun, nach seinen Aussagen wollte er seine „Heimat schützen“ und auch sein Handwerk „richtig nutzen“ und meldete sich mit drei weiteren Soldaten des Jägerbataillon 18 als Freiwillige im Ukraine-Krieg, als Söldner im „Rechten Sektor“. Für einige Monate unterbrach er diesen Einsatz im Dienste der ukrainischen Faschisten um an der Seite der kurdischen Milizen, zuerst in der Einheit „Lions of Rojava“ der YPJ in Syrien und danach bei den Peschmerga im Irak um laut seinen Aussagen „die europäischen Interessen gegen den IS zu verteidigen“. Dass offene Faschisten wie Fischer problemlos Teil der kurdischen Milizen werden können, sagt nicht nur viel über die Aufnahmekriterien der kurdischen Milizen aus, sondern drängt auch die Frage auf warum sich „Verteidiger Europas“ in den Zielen der kurdischen Milizen bestätigt fühlen.

2016 ging Benjamin Fischer zurück in die Ukraine und wurde Teil des faschistischen paramilitärischen Asow-Batallions, das in der Volksrepublik Donezk im Untergrund gegen all jene Kräfte kämpft, die sich nicht der ukrainischen Regierung, und damit der Herrschaft des US-Imperialismus sowie der EU-Allianz unterwerfen wollen.
Zu dieser Zeit trug das Asow-Batallion als Symbol die „Schwarze Sonne“, ein Kenzeichen der Hitler'schen SS, und schmückte sich mit Hakenkreuzen und anderen SS-Runen. Die Aufgabe des Asow-Batallions ist nach Angaben seines Kommandanten Andrij Bilezki „die weißen Rassen der Welt im finalen Kreuzzug zum Sieg zu führen". „Bekanntheit“ gewann dieses faschistische Batallion durch seine Massaker an der zivilen Bevölkerung, seinen Morden an AntifaschistInnen, und Fischer war nicht unbeteiligt daran, dass gegnerische Soldaten, die sich bereits ergeben hatten, noch bestialisch ermordet wurden.



Dass Fischer in der Ukraine keine reinen „medzinischen Hilfsdienste“ leistete, wie nun oft fälschlicherweise berichtet wird, zeigt sich eindeutig, da er sogar zu einem Kommandanten befördert wurde, er befehligte die Einheit „Task Force Pluto“, bestehend aus Nordamerikanern und Österreichern (Teil des Rechten Sektors).

All diese bestätigten Verbrechen sind für den österreichischen Staat jedoch angeblich nicht „stichhaltig“ genug um Fischer, nachdem dieser an der polnischen Grenze aufgegriffen und ausgeliefert wurde, als Kriegsverbrecher zu verurteilen (auch seine faschistische Weltanschauung ist kein Geheimnis, er trägt öffentlich T-Shirts mit dem Faschisten Mussolini darauf). Wiedereinmal setzten sich die Herrschenden über ihre eigenen Gesetze hinweg und schützten einen Mörder und Faschisten, da er auf „ihrer Seite der Barrikaden“, zur Verteidigung der EU-Interessen in der Ukraine, stand.

Der Faschist Benjamin Fischer ist nun seit Anfang Juni wieder auf freiem Fuß, und plant erneut in die Ukraine zu gehen um weitere Verbrechen an der dortigen Bevölkerung zu begehen. So viel zur angeblichen „Neutralität“ des österreichischen Staates und ihrer Justiz. Mörder wie Benjamin Fischer werden zu großen Kämpfern hochgespielt, während gerechtfertigte Proteste und Aktivisten der antifaschistischen Bewegung (wie beispielsweise zuletzt während des G20 Gipfels in Hamburg) als Kriminelle oder gar Terroristen bezeichnet werden.

Solidarität mit den Antifaschisten in der Ukraine!

Nieder mit dem Imperialismus, seinen Söldnern und Kriegsverbrechern!

EINGEKASTELT

G20: Erste Verurteilungen

Mit Entsetzen und Wut wurde das Gerichtsurteil, das gegen einen der festgenommenen Demonstranten vom Anti-G20 Protest (die AfA-Infoblatt hat ausführlich berichtet), gefällt wurde zur Kenntnis genommen. Zwei Jahre und sieben Monate muss der 21 jährige Kämpfer, der sich in den gerechtfertigten Protest einreihte, hinter Gittern verbringen. Der Richter, dieser Faschist, begründet sein hartes Urteil unter anderem damit, dass sich der Niederländer gegen die Festnahme stark gewährt hat. Tatsächlich hat er seine Arme und Beine an den Körper gezogen und die Muskeln angespannt, um sich vor den Schlägen und Tritten der Kiwara zu schützen. Das hat ihm leider nicht gut geholfen, in dem Prozess wurde auch bekannt, das sein Gesicht, wegen der Prügel die er einstecken musste, stark geschwollen war und er auch noch andere Verletzungen hat/hatte. Er wird dafür bestraft, gegen die schlimmsten Machthaber und ihre Lakaien auf der Welt protestiert zuhaben und auch dafür, dass er sich von dem Polizeistaat, der in Hamburg während der G20 Woche errichtet wurde, nicht einschüchtern ließ. Er war einer von denjenigen die standhaft gegen die massive Repression des deutschen Staates geblieben sind und ihren berechtigten Hass gegen die Ausbeuter und Unterdrücker auf Hamburgs Straßen gezeigt haben.

Die Verhafteten vom Anti G20 Protest sind politische Gefangene! Die Verurteilten, auch die die noch folgen, bringen ein großes Opfer. Es ist die internationalistische Pflicht aller fortschrittlichen Kräfte ihren Kampf fortzuführen. Durch den Kampf gegen die Repression und die Unterdrückung von demokratischen Grundrechten, werden mehr Teile der Bevölkerung in Bewegung kommen. Wut und Entsetzen wegen der herrschenden Klassenjustiz, deren Ausdruck dieses Urteil ist, geben uns revolutionäre Energie, wenn wir sie richtig nutzen. Unsere Solidarität mit den politischen Gefangenen in Hamburg und international, muss als eine treibende Kraft für die Entwicklung von demokratischen und revolutionären Initiativen dienen. Dann bleiben ihre Opfer nicht umsonst!



Deutschlands Gefängnisse: Die Bombe tickt!

Die Bedingungen in den deutschen Gefängnissen sind untragbar für die Insassen der JVA's. Das liegt unter anderem daran, dass es mangelnde medizinische Versorgung, keine therpeuthischen Angebote, den Zwang zur Arbeit, keinen entsprechenden Mindestlohn, kein Recht auf eine Pensionseinzahlung gibt und massiv in die Privatsphäre der Häftlinge eingegriffen wird.

Es kommt immer häufiger zu Fällen wo sich Häftlinge aufgrund dieser Bedingungen selbst verletzen, weil sie es nicht mehr ertragen. In mehreren Fällen in der letzten Zeit brachten sich Häftlinge sogar selbst um, oder werden dadurch ermordet, dass ihnen die medizinische Versorgung verwehrt wird (wir berichteten in der letzten Ausgabe der AfA). Den BRD-Politikern sind diese Insassen egal, denn für sie sind sie asozialer Abschaum der eine „Bedrohung“ für die Gesellschaft ist.

Demokratische Grundrechte werden für Häftlinge immer systematischer verwehrt. Darum fordert die GG/BO (Gefangenen Gewerkschaft / Bundesweite Organisation) unter anderem eine menschenwürdige Unterbringung von Insassen mit ausreichender medizinischer Versorgung und das Recht auf mehr Freigang um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Denn als Gefangener tritt man von der Gesellschaft aus und trifft auf eine ganz neue Ordnung, wenn man das so nennen kann. Diese Menschen verlieren den Bezug zur Gesellschaft und werden mit Füßen getreten. Die GG/BO leistet gute Arbeit und bringt den gerechtfertigten Protest der Häftlinge zum Ausdruck. Ihre AktivistInnen und Mitglieder werden häufig in den Gefängnissen systematisch schikaniert und isoliert. Doch anstatt einzuschüchtern, zeichnet sich viel mehr ab, dass der gerechtfertigte Zorn der Insassen auf die misserablen und menschenunwürdigen Umstände ihrer Haft immer mehr zur Rebellion drängt. In Medienberichten der letzten Zeit hieß es, die Gefängnisse seien Pulverfässer die jederzeit explodieren können. Es beweist sich, dort wo Unterdrückung ist, ist auch Widerstand! Der Kampf für volle gewerkschaftliche Rechte, für medizinische Versorgung, für einen angemessenen Freigang und das Recht auf Privatsphäre ist gerechtfertigt!

Armut und Rassismus sind nicht abwählbar!

15. Oktober: Aktiver Wahlboykott!
Wehrt euch und kämpft!

Noch nie sind so viele Parteien, Listen und „Bewegungen“ zur Wahl angetreten wie bei der kommenden Nationalratswahl am 15. Oktober. Alle geben sich als „neue“ Kraft in der politischen Landschaft Österreichs, und doch sind es die selben alten Parteien und Politiker die sich bisher durch Korruption, Armutsprogramme und rassistische Gesetze ausgezeichnet haben. Was haben wir, die Mehrheit der Bevölkerung, bei diesen Wahlen zu gewinnen?

Ein Wahlkampf auf dem Rücken der ArbeiterInnen

1,5 Millionen Menschen in Österreich sind Armutsgefährdet, fast eine halbe Million Menschen sind Arbeitslos. Dem nicht genug bereiten nun die wahlwerbenden Parteien mit diesem Wahlkampf eine neue Periode der Armutspolitik und der Entrechtung der Mehrheit der Bevölkerung vor. Vorschläge wie Hartz 4 für Österreich (ÖVP), das neue Wirtschaftsprogramm der FPÖ, die Steuerreform der SPÖ sind Programme zur Entlastung der Unternehmer und Kapitalisten. Auszubaden haben das die Arbeiterinnen und Angestellten, die dafür mit neuen Massensteuern, Teuerungen der Mieten, 12-Stunden-Tag, „Arbeitszeitflexibilisierung“ und Kürzung der Mindestsicherung belohnt werden. Das angestrebte „Wirtschaftswunder“ Österreich, soll auf dem Rücken der Massen errichtet werden.

Ein Wahlkampf auf dem Rücken der MigrantInnen

Nicht nur die FPÖ, alle Parteien die kandidieren haben sich auf der Grundlage des Rassismus zusammengefunden, der bei diesem Wahlkampf anscheinend wieder zum „guten Ton“ gehört. Die Schließung der Grenzen, der Generalverdacht unter den die muslimischen Teile der Bevölkerung gestellt wurde, das alles wird von ALLEN kandidierenden Parteien anerkannt. Dieser Wahlkampf ist die Fortsetzung der rassistischen Unterdrückung der migrantischen Bevölkerung, vor allem der Muslime. Nicht nur wurde mit dem Islamgesetz sowie mit dem durch die Hintertür eingeführten Kopftuchverbot die Religionsfreiheit für Muslime abgeschafft, es wurde mit dem neuen Versammlungsgesetz auch das Recht auf politische Betätigung der MigrantInnen untergraben. Für MigrantInnen wurden die grundlegendsten demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt. Heute werden diese faschistischen Gesetze an den MigrantInnen ausprobiert, morgen treffen sie die gesamte Bevölkerung.

Ein Wahlkampf im Dienste des Imperialismus

Wie wenig sich die selbsternannten Volksvertreter um die demokratischen Rechte der Völker scheren, zeigt vor allem die Außenpolitik des österreichischen Staates. Der hochgepriesene „Favorit“ Sebastian Kurz (ÖVP), dieses Jahr OSZE-Vorsitzender, ist einer der Hauptunterstützer des ungerechtfertigten Krieges in der Ukraine. Mit Jubel greift er der dortigen Nazi-Regier-



SPÖ: Arbeiterfeindlicher denn je!

Die Wahlkampagne der SPÖ ist in vollem Gange. Zu hören sind Wahlslogans wie „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht!“ und „Jetzt kann der Mindestlohn für Frauen gefordert werden“, weil es jetzt der österreichischen Wirtschaft gut geht. „Wir haben uns den Aufschwung gemeinsam erarbeitet, er soll bei allen ankommen.“ (Kern)
Sie schreiben sich den „Kampf“ für höhere Löhne, Pensionen usw... nicht mehr selbst zu (was somit auch den von ihnen geführten ÖGB betrifft), sondern geben ihn ganz offen an jeden einzelnen ab. Sie geben ihre Linie für die Gewerkschaften vor: „Kampf“ ist erstens nur noch individuell zu führen und zweitens, nur noch legitim, wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung erfolgt.

Die ArbeiterInnen orientieren sich aber nicht an der „aktuellen Lage“ der Chefs und Kapitalisten, ebenso wenig wie sich ihr Lohn am Gewinn der Chefs orientiert, sondern meist gerade mal dafür reicht, dass ihre Arbeitskraft nicht verloren geht. Lohnforderungen dem Befinden „der Wirtschaft“ anzupassen, würde auch einschließen und vollkommen legitimieren, dass die ArbeiterInnen, „geht‘s der Wirtschaft mal nicht so gut“, einfach mal auf ihren Lohn verzichten.

„Holen Sie sich, was Ihnen zusteht!“ - Das ist eine plumpe Verhöhnung der Arbeiter-

ung unter die Arme, die einen abscheulichen Feldzug gegen die demokratisch und antifaschistisch gesinnten Menschen führt und massenhaftes Elend unter der Bevölkerung zu verantworten hat. Ebenso stehen Kurz und Kanzler Kern an der Spitze wenn es um die Erweiterung der EU nach Südosteuropa geht. Um noch mehr Profit aus den Völkern des Balkans zu pressen drängen die Herrschenden in Österreich nach der Einverleibung Serbiens, Bosniens, dem Kosovo, Albanien und Mazedonien in die EU. Welche Perspektive diese zu erwarten haben, wurde mit dem jüngsten Beispiel Griechenland mehr als nur deutlich. Diese Wahlen haben nichts mit Demokratie zu tun, sie bedeuten eine weitere Untergrabung der Neutralität und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Es sind die Wahlen der Kriegstreiber und imperialistischen Mörder.

Die Wahlen sind ein Betrug

Wie schon so oft wird uns diese Wahl als „Entscheidungswahl" für die Zukunft präsentiert. Wir kennen jedoch das Prozedere, wo sich die schönen Wahlversprechen schon am Tag nach der Wahl in Luft auflösen. Übrig bleibt die herrschende Ordnung der Ausbeutung und Unterdrückung die uns täglich zeigt, dass wir rein gar nichts zu sagen haben. Die Wahlen sind der feine „demokratische" Aufputz, während alle anderen Grundrechte und demokratischen Zugeständnisse immer mehr zertrampelt werden.

In viele Ländern der Welt schließen sich die Massen im Wahlboykott zusammen, und setzen damit ein deutliches Zeichen. Sie wissen, dass keine Wahl, kein Regierungswechsel und keine kleine Spaßpartei irgendetwas an der Herrschaft des Kapitals, der Ausbeutung und Unterdrückung ändern kann. Der aktive Wahlboykott zeigt, dass sich die Unterdrückten nicht länger hinhalten lassen, sondern bestrebt sind eine neue Ordnung, die Macht des ArbeiterInnen und der Massen zu errichten, die als einzige dem Rassismus und der Armut unter der Bevölkerung ein Ende bereiten kann.

Aktiver Wahlboykott!



klasse! Dass alle gemeinsam im Boot sitzen, der Aufschwung gemeinsam erarbeitet wurde usw., sind die alten Phrasen und Versprechungen der Sozialpartnerschaft, welche den ArbeiterInnen noch nie etwas anderes brachten als Unterwerfung!



THEORIE/DISKUSSION

„Boykottiert die Wahlen!"

Die Internationale Bedeutung des Slogans.

von Charu Mazumdar*, 1968.

"In der gegenwärtigen Ä.a, in der der Imperialismus auf seinen vollständigen Untergang zugeht, hat der revolutionäre Kampf in jedem Land die Form des bewaffneten Kampfes angenommen; der sowjetische Revisionismus ist, unfähig seine Maske des Sozialismus beizubehalten, gezwungen imperialistische Methoden anzuwenden; die Weltrevolution hat eine neue höhere Phase betreten; und der Sozialismus marschiert unwiderruflich vorwärts zum Sieg – in einer solchen Ära den parlamentarischen Weg zu gehen, bedeutet diesen fortschreitenden Marsch der Weltrevolution aufzuhalten. Heute können revolutionäre Marxisten-Leninisten den parlamentarischen Weg nicht wählen. Dies ist nicht nur für die kolonialen und halbkolonialen Länder wahr, sondern genauso auch für die kapitalistischen Länder. In dieser neuen Ära der Weltrevolution, nachdem der Sieg in der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China errungen worden ist, ist es die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten geworden, weltweit Stützpunktgebiete in ländlichen Gebieten zu schaffen und diese auf dem festen Fundament der Einheit der Arbeiter, Bauern und aller anderen werktätigen Teilen des Volkes durch den bewaffneten Kampf aufzubauen. Daher bleiben die Slogans „Boykottiert die Wahlen!" und „Errichtet ländliche Stützpunktgebiete und schafft Gebiete des bewaffneten Kampfes!", die die revolutionären Marxisten-Leninisten hervorgebracht haben, für die gesamte Ära gültig. Indem sie am parlamentarischen Weg festhalten, haben die Revolutionäre weltweit einen riesigen Blutzoll über die Jahrhunderte zusammenkommen lassen. Jetzt ist die Zeit gekommen diesen Blutzoll zu begleichen. Hunderttausende von gefallenen Märtyrern fordern die Revolutionäre auf: „Kämpft hart gegen den sterbenden Imperialismus und tilgt ihn vom Angesicht der Erde!" Es ist Zeit die Welt auf einem neuen Weg wieder aufzubauen! Unser Sieg in diesem Kampf ist sicher!" "

** Charu Mazumdar war ein indischer Kommunist. Er war ein großer Unterstützer Mao Zedongs, wandte den Maoismus auf Indien an und begründete damit den Weg des Volkskriegs.*

INNSBRUCK

„Schlanke Winterspiele“ für 1,2 Milliarden Euro?

Weil die Politiker und Kapitalisten schon damit rechnen, dass die Bevölkerung in Tirol gegen die Austragung der Olympischen Winterspiele 2026 ist, versuchen sie mit „schlanken Winterspielen“ und einer „Machbarkeitsstudie“ ihre Interessen durchzusetzen. „Schlanke Winterspiele“ für mindestens 1,175 Milliarden und 20 Millionen allein für die Bewerbung ist das „Versprechen“.
Außerdem wollen sie die Bevölkerung dafür begeistern, indem der „neue Stadtteil“ für die Unterkünfte der Sportler später als „leisbares Wohnen“ genutzt werden könnte.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Olympische Spiele immer auf Kosten der Bevölkerung ausgetragen werden, und im Nutzen des Olympischen Komitees, der Hoteliers, der großen Bauunternehmer usw… sind, wundert es nicht, dass die Tiroler bereits 1993 und 1997 gegen die Bewerbung gestimmt haben und die verantwortlichen Politiker sich fürchten, dass es dieses Mal ebenso werden wird.

Das „heilige Land“ des Tourismus zeigt, dass große Events und der Tourismus im allgemeinen die Preise für Wohnen und Leben enorm in die Höhe treiben und auf Kosten der ArbeiterInnen und der Bevölkerung gehen: niedrige Löhne, Saisonarbeitslosigkeit, Arbeitszeitflexibilisierung usw.. Die Olympischen Spiele werden eine Spitze dieser Entwicklung sein. Nebenbei sollen die „Tiroler“ dafür nur „ja“ sagen und arbeiten – denn leisten können sich die meisten nicht einmal mehr ein Tagesticket in den Skigebieten, ganz zu schweigen von den Olympischen Spielen!

Alle Parteien, voran die ÖVP und Grüne, waren daran interessiert jedes Großprojekt im Dienste des „Tourismus“ durchzusetzen, sei es die Patscherkofelbahn oder jetzt Olympia. Die Ausbeutung der Bevölkerung durch den Tourismus kann nicht abgewählt werden, deshalb: Boykottiert die Befragung zu Olympia! Aktiver Wahlboykott am 15.Oktober!

Gefunden auf: demvolkedienen.org

Leserbrief

Toter Rekrut durch Schikane beim österreichischen Bundesheer

Der Tod eines Grundwehrdieners Anfang August erhitzte die Gemüter vieler demokratisch gesinnter Menschen in Österreich. Nach ersten "Untersuchungen" einer eigens dafür eingerichteten Komission war der Tod des jugendlichen Rekruten kein Verschulden des Bundesheeres oder seines Offiziers, sondern ein "tragischer Unfall". Dieser "unabhängige" Untersuchungsbericht ist eine wahre Verhöhnung des toten Grundwehrdieners und seiner Familie. Offensichtlich werden hier Lügen zur Wahrheit gemacht. Ich möchte mit diesem Leserbrief deutlicher machen, wer den Tod dieses Jugendlichen zu verantworten hat.

Der 19-jähriger Grundwehrdiener starb an Überhitzung des Körpers durch einen Marsch bei 37 Grad. Tags zurvor erlitten mehrere Rekruten einen Kreislaufzusammenbruch auf Grund der Hitze. Erste Reaktion des Bundesheeres war die versuchte Vertuschung des offensichtlichen Mordes an diesem Grundwehrdiener, in dem sie versuchten einen (in Wahrheit laut Obduktionsbericht nicht vorhandenen) Infekt als Todesursache anzuführen.

Durch diesen Tod wird deutlicher, welche faschistische Ideologie im österreichischen Bundesheer herrscht. Am ersichtlichsten wird dies beim Thema der sogenannten "Pflichtverletzung" oder umgangssprachlich "Befehlsverweigerung". Drill und Schikane stehen an der Tagesordnung in den Kasernen, Missachtung der Gesundheitszustände der Grundwehrdiener usw.
Ziel ist den Grundwehrdienern bürgerliche Disziplin einzutrichtern und ihnen alle demokratischen Rechte zu nehmen. Die Rekruten haben nicht die Möglichkeit die Offiziere zu wählen. Obendrein liegt es, betreffend der "Befehlsverweigerung", im Ermessen des jeweiligen Offiziers, inwieweit dieser ein Disziplinarverfahren oder verkürztes Verfahren (Geldstrafe) einleitet.

Der 19-jährige bekam eine Ehrenbestattung (laut bürgerlichen Medien auf Verlangen der Mutter) durch das österreichische Bundesheer. Es hatte den Anschein als wäre dieser Rekrut als "Held der Nation" begraben worden. Diese Haltung und Zurschaustellung ist mehr als dreist!

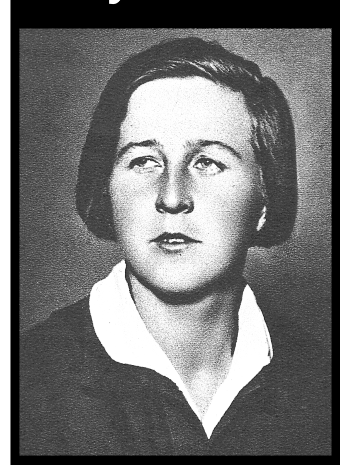
Klar ist: der 19-jährige Rekrut wurde Opfer des imperialistischen Staates Österreich!

Judith K.



www.afainfoblatt.com

Hedy Urach



Im 100. Jahr der Oktoberrevolution wollen wir den Geburtstag der österreichischen Kommunistin Hedy Urach besonders hervorheben. Als wichtiger Teil der Führung der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) war sie selbst ein Produkt der Oktoberrevolution, geschmiedet durch den Marxismus-Leninismus. Hedy war eine anerkannte Führerin der österreichischen Arbeiterklasse und der proletarischen Frauenbewegung, Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ und arbeitete für die Kommunistische Internationale.

Hedy Urach war ein Wiener Arbeiterkind. Sie lernte Schneiderei, trat während ihrer Lehrzeit dem Kommunistischen Jugendverband bei, später einer Betriebszelle der KPÖ in der Schuhfabrik Michelstetten. Hedy zeichnete aus, dass sie das Vertrauen der ArbeiterInnen genoss und es verstand als Kommunistin immer fest verbunden mit den Massen zu arbeiten, zu leben und zu kämpfen. Wo immer Hedy auch war, entwickelte sich der Kampf der Massen und erlangte Siege.

Nach den opferreichen Februarkämpfen 1934 arbeitete Hedy noch unermüdlicher. Sie wurde von der Polizei gesucht und lebte deswegen in der Illegalität. Hedy wurde vier Mal inhaftiert, sowohl von den Austrofaschisten, als auch von den Nazis. Trotz schlechten gesundheitlichen Zustands aufgrund der Inhaftierungen und obwohl sie ein Kind hatte, hat sie nie ihren eigenen Vorteil gesucht. Sie gab ihr ganzes Leben für die Erfordernisse der Befreiung der ArbeiterInnen und aller Unterdrückten.

Kurz vor dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion wurde Hedy erneut inhaftiert. Sie wusste, dass das sie dieses Mal zum Tode verurteilt werden wird. In ihrem Abschiedsbrief schrieb sie: *„Seid nicht traurig, es ist nur ein Soldat der gerechten Sache abberufen worden. Meine Liebe gehört Euch, Euch und der Arbeiterklasse, dessen Kind ich mit heißem Herzen bin, ein Teil von jener wundervollen Schichte des Volkes, von der alles Leben kommt. […] Meine ganze Liebe für die Partei, mein ganzes Leben für sie […].“* Furchtlos und mutig ging Hedy, die zu diesem Zeitpunkt erst 33 Jahre alt war, ihren letzten Weg zur Guillotine. Die KPÖ schrieb über sie: *„Die Arbeiterschaft kann stolz sein, dass Frauen wie Hedy aus ihren Reihen hervorgegangen sind.“* Hedy Urach war und ist ein leuchtendes Vorbild für alle RevolutionärInnen und KommunistInnen, sie kam aus den untersten Schichten des Proletariats, und übernahm ihre Aufgabe als Führerin in den Reihen der Kommunistischen Partei im Kampf gegen den Faschismus. Hedy ist auch ein Vorbild für alle Feministinnen, denn sie war das Gegenteil von dem was das Patriarchat von den Frauen will. Sie war nicht nur eine wichtige Aktivistin, sondern führte die unterdrückten Frauen und Volksmassen auch in der Theorie. Sie vertrat die Meinung, dass sich die Frauen nicht nur am Kampf beteiligen sollen, sondern auch Führerinnen sein müssen um am Weg ihrer Emanzipation vorwärts zu schreiten.

Dieses heldenhafte Beispiel für alle unterdrückten Frauen erfüllt uns mit großem Stolz.

Unsterbliche Heldin Hedy Urach!

Rot-Weiß-Rot und Frauenfußball verträgt sich nicht

Noch vor der Europameisterschaft wurde bisher kein einziges Spiel des Frauenfußballs in Österreich in der „Primetime“ gezeigt, geschweige denn schaffte es eine Frauenschaft aufs Titelbild einer bürgerlichen Zeitung. Rund um die WM konnte man „Ein Märchen ist wahr geworden“ und andere Kuriositäten auf den Titelblättern bestaunen. Dass der Frauenfußball in Österreich ganz und gar nichts mit einem Märchen zu tun hat, sondern sich nach wie vor im harten Kampf um seine eigene Existenz befindet, zeigt die Heuchelei die hinter dem plötzlichen Hype steht. Der Frauenfußball ist nach wie vor ein reiner Amateursport in Österreich, selbst die Spielerinnen der Nationalmannschaft müssen nebenher arbeiten gehen, und das sind wohlgemerkt die „bestbezahltesten“ Spielerinnen Österreichs. Nicht anders sieht es mit der Nachwuchsförderung bei den Frauen aus, welche erstmal 2001 nach langem Ringen der Frauenvereine bewilligt wurde. Eine Spielerin des Nationalteams berichtete, dass abseits der EM nicht einmal genug Geld da ist, um auf ein Auswärtsspiel nach Vorarlberg zu fahren. Die schwierige finanzielle Lage der Frauenvereine bringt es nicht nur mit sich, dass die Qualität des Fußballspiels darunter leidet, sondern ebenso die Möglichkeit von Frauen in Fußballvereinen aktiv zu werden. Nicht umsonst sind die Spielerinnen der Nationalmannschaft meist Akademikerinnen mit gewisser finanzieller Absicherung oder kinderlos. Die Mehrheit der Frauen in Österreich hat de facto keinen Zugang zum Fußballsport, weder professionell noch als Amateurin. Jetzt also den Frauenfußball mit Rot-Weiß-Rot zu vereinen versuchen, und auf ihrem Rücken auch noch patriotische Stimmung zu verbreiten, ist mehr als widerlich und unangebracht!

Österreich und Frauenfußball: Ein Sinnbild des Patriarchats

Nicht nur finanziell werden die Frauen de facto vom Fußballspielen ausgeschlossen, die weltanschauliche Haltung gegenüber Frauen im Fußball ist ein wahres Sinnbild des Patriarchats. Noch vor dem Sieg der Frauennationalmannschaft im Viertelfinale wurde von den bürgerlichen Drecksblättern mit Überschriften wie „So heiß wird die Fußballparty“ für den Frauenfußball „geworben“. Der etwas „seriösere“ Redakteur Hr. Matzinger vom Falter, nutzte den Anlass auch gleich dafür um die „biologische Minderwertigkeit“ der Frauen im Sport (und angeblich besonders im Fußball!) zu analysieren.

Der Erfolg bei der EM ist sicherlich eine gute Gelegenheit um nach mehr Förderung für Frauenvereine zu verlangen. Es ist ebenso ein guter Anlass zu zeigen, warum die Mehrheit der Frauen in Österreich keinen Grund hat auf die patriotische Kampagne des ÖFB und der bürgerlichen Medien hereinzufallen, denn jeder gute Schritt zur Entwicklung des Frauenfußballs wurde nicht mit, sondern trotz dieses frauenfeindlichen Staates erreicht.



Arundathi Roy – Ein neues Buch, ein neuer Anlass sich mehr mit ihrem Wirken zu beschäftigen!



Im August ist ein weiteres Buch der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy auf Deutsch erschienen. Mit "Das Ministerium des äußersten Glücks" bleibt die revolutionäre Schreiberin ihrer bisherigen Linie treu und widmet sich drängenden Fragen des Klassenkampfes in Indien. Ihr Roman spielt in Kashmir und thematisiert die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung auf dem indischen Subkontinent. *"In ihrem lange herbei gesehnten Roman erzählt Arundathi Roy, wie ein Land auseinanderbricht, aber ihre Helden durch Großherzigkeit, Widerstand und Liebe Zuflucht finden, (…) ist dieser Roman Liebeserklärung und Provokation zugleich: eine Hymne auf das Leben."* (Fischer Verlag). Provokant ist eine unglaubliche Untertreibung wenn wir uns das Leben und Wirken Roys genauer anschauen. Kaum eine Schriftstellerin in der Welt ergreift so klar Position für den gerechtfertigten Kampf der Unterdrückten in Indien, auch für den bewaffneten Kampf, und nimmt dafür sehr viel in Kauf. Denn der hindufaschistische Staat unternimmt alles um ihre Arbeit zu verhindern. Sie findet sehr schwer Verleger, die ihre Texte auf indisch herausgeben, zudem wurde sie sogar schon einmal durch die Repressionsorgane des indischen Staates inhaftiert und nicht selten wurde sich auch körperlich attackiert. Eine Hymne auf das Leben ist ihr Buch vor allem deshalb, weil sie auch ein Bild davon zeichnet wie aus dem "Zerfall" durch den Kampf etwas Neues entsteht. Eben darin liegt ihre Gefahr für den alten indischen Staat und den Imperialismus. Die Autorin ist in vielen demokratischen Bewegungen Indiens aktiv, und nutzt ihre Bekanntheit um zum Beispiel der Frauenbewegung weiter zu helfen. Sie bezieht abseits ihrer Romane auch in politischen Aufsätzen und in den demokratischen Kämpfen Stellung für den Volkskrieg der indischen Bevölkerung und gegen Faschismus und Imperialismus.

100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION - ZUR FRAGE DES "PARLAMENTARISMUS"

Die Haltung der Bolschewiki zum Parlamentarismus, die Taktik der Teilnahme an der Duma (nicht zu vergleichen mit dem heutigen Parlament!) und die Losung „Alles ist Blendwerk, außer der Macht!" ...

Russland, Dezember 1905: Aufgrund des großen Aufschwungs der revolutionären Bewegung und dem Versuch der bürgerlichen Revolution, erließ die zaristische Regierung ein Gesetz über die Einberufung der I. Reichsduma. „Mit der Duma wollte der Zar die Massen von der Revolution ablenken. Ein beträchtlicher Teil der Bauernschaft glaubte zu jener Zeit an die Möglichkeit, durch die Duma Boden zu erhalten. Die Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre täuschten den Arbeitern und Bauern vor, man könne ohne Aufstand, ohne Revolution, die für das Volk nötigen Zustände erreichen."

In der Haltung zur Reichsduma zeigten sich die konterrevolutionäre Linie der Menschewiki und die revolutionäre Linie der Bolschewiki: „Was die Reichsduma betrifft, so priesen die Menschewiki sie in ihrer Resolution als das beste Mittel zur Lösung der Fragen der Revolution, zur Befreiung des Volkes vom Zarismus. Die Bolschewiki dagegen betrachteten die Duma als machtloses Anhängsel des Zarismus, als eine Hülle, die die Eiterbeulen des Zarismus verdeckt, die er sofort abwerfen wird, wenn sie sich ihm als unbequem erweist."

„Im Kampf gegen diesen Betrug am Volk wurde von den Bolschewiki entsprechend [...] die Taktik des Boykotts der 1. Reichsduma verkündet und durchgeführt." „Die Bolschewiki betrachteten den aktiven Boykott als ein revolutionäres Mittel zur Warnung des Volkes vor den Versuchen des Zaren, das Volk vom revolutionären Wege auf den Weg der zaristischen „Konstitution" hinüberzulenken, als Mittel, einen solchen Versuch zu vereiteln und einen neuen Ansturm des Volkes gegen den Zarismus zu organisieren."

Die Duma war und blieb ein Instrument des Zarismus. Aber auch die Bolschewiki nutzten sie, um demokratische Forderungen zu erkämpfen und das Volk für die Revolution aufzurufen. Die Bolschewiki beschränkten ihre politische Arbeit nicht nur auf die Reichsduma, sondern schufen Keime der Neuen Macht: „Die Revolution von 1905 hatte gezeigt, dass die Sowjets Organe des bewaffneten Aufstands und zu gleicher Zeit die Keime einer neuen, einer revolutionären Macht sind."

Nach der Februarrevolution 1917 entlarvten sich die Menschewiki als Stütze der provisorischen Regierung, um der Bourgeoisie die Staatsmacht zu überlassen und den Glauben zu verbreiten, die bürgerliche Macht würde die Sowjets nicht an ihrer Arbeit hindern.

Lenin aber vertrat die Interessen der Arbeiterklasse: „Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren, wäre ein Schritt rückwärts -, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben."(Lenin) Mit der Losung „Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung!"(Lenin) bereitete er den Weg für die endgültige Niederschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie und für den Sieg der Arbeiterklasse: „Alle Macht den Sowjets!"(Lenin).

Österreich, August 2017: Mit der Nationalratswahl am 15. Oktober versucht die Bourgeoisie die Massen vom Kampf und der Revolution abzuhalten. In den 100 Jahren die zwischen 1917 und 2017 liegen, haben zusätzlich wichtige Teile der Massen jegliches Vertrauen in das Parlament verloren. Die Anwort der KommunistInnen und RevolutionärInnen muss aufgrund der eindrücklichen Lehren der Oktoberrevolution sein: Die Wahlen sind ein Instrument der herrschenden Klasse.
Vertraut in eure eigene Kraft, schließt euch zusammen im aktiven Wahlboykott als einzigen Weg zur Revolution, zur Macht der ArbeiterInnen und Massen!

Alle Zitate sind aus dem Werk: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)

INDIEN



Aktionen zur „Woche der Märtyrer“

Die Woche der Märtyrer von 28. Juli bis 3. August wurde von der Kommunistischen Partei Indiens(maoistisch) und den revolutionären Massen mit vielen Aktionen begangen. Es wurde unter anderem im Bundesstaat Bihar ein bewaffneter Streik (Bandh) ausgerufen. Dazu stürmten die bewaffneten Einheiten der CPI(maoist) eine Bahnstation, legten diese lahm, und stoppten einen Zug. Die Besatzung des Zuges wurde dazu gebracht, die Nachricht über den Streik weiterzuleiten. Daraufhin schlossen sich mindestens 24 weitere Züge dem Streik an. Als eine 150-köpfige Spezialeinheit der Reaktion zum Zug vordrang, zogen sich die KämpferInnen nach einem Gefecht zurück.

Unter dem Schutz der Volksbefreiungsguerillaarmee wurde auch eine Feier im Grenzgebiet zwischen Andhra Pradesh und Odisha abgehalten, bei der laut bürgerlichen Medien 1000 Menschen teilnahmen. Diese Feierlichkeit zeigt den lebendigen Ausdruck des Kampfes der CPI(maoist) und der indischen Volksmassen, vor allem auch die große Teilnahme sehr junger GenossInnen ist auffallend. Bei den Feierlichkeiten wurde ein Lied zum großen Naxalbariaufstand 1967 von den Kulturgruppen vorgetragen. Charu Mazumdar, als Führer dieses Aufstands, stand im Mittelpunkt des Ereignisses, weil er die proletarische Ideologie in Indien angewendet hat.

Diese gelungenen Aktionen zeigen, wie Charu Mazumdar es ausdrückte, dass der Naxalbariaufstand „lebt“ in den Kämpfen der indischen Volksmassen, der RevolutionärInnen und KommunistInnen!

Verstärkte Aktivitäten in der Region Araku

Obwohl der Volkskrieg in vielen umliegenden Regionen in Odisha (Bundesstaat Andhra Pradesh) eine bedeutsame Stärke erreicht hat, wurde die Region Araku (ebenso im selbsen Bundesstaat) bis vor kurzem von der Polizei als „sichere Zone“ eingestuft. Nun hat sich ihre Einschätzung geändert. Aufgrund der „ständigen Gefahr vor Maoisten“ musste der „Chief Minister“ von Andhra Pradesh, N.Chandrababu Naidu, seinen Besuch in Araku absagen.

Nicht umsonst fürchtet er einen Angriff, bereits im Februar wurden sieben Polizisten in der Nähe von Araku durch eine Mine getötet und vor kurzem wurde ein weiterer Repräsentant der Reaktion auch von einer Mine getötet. Außerdem fand die Polizei während der Woche der Märtyrer eine große Anzahl von Fahnen und Transparenten an öffentlichen Plätzen. Ein Polizeisprecher sagte: „Das gibt uns den Hinweis, dass die maoistische Bewegung in der Araku Region gewachsen ist.“

Für die Reaktionäre ist die gesamte Region eine „Bedrohung“, sie sind heute schon zu schwach um dort öffentliche Veranstaltungen abzuhalten – das zeigt die große Kraft des Volkskrieges!



Feierlichkeiten zu 50 Jahre Naxalbari der CPI (maoist)

Bericht: *Gedenkveranstaltung in Österreich zur Woche der Märtyrer des Volkskriegs in Indien.*

Die Märtyrer des Volkskriegs in Indien sind leuchtende Signale für die Massen, RevolutionärInnen und KommunistInnen auf der ganzen Welt große Vorbilder im Kampf für die proletarische Weltrevolution.

Diese Signale der 15.000 Märtyrer, wurden bei der Gedenkveranstaltung zur Woche der Märtyrer des Volkskrieges in Indien sehr ernsthaft und lebendig zum Ausdruck gebracht. Es gab kulturelle Beiträge und es wurde die „Botschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) zur Woche der Märtyrer“ verlesen. Dadurch wurde eindrücklich gezeigt, dass durch die Opfer der Märtyrer nicht nur die neue faschistische Offensive der „Operation Green Hunt“ der Reaktion zurückgeschlagen werden konnte, sondern auch die Verbindung der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) mit den Massen gestärkt und die neudemokratische Revolution durch den Volkskrieg vorangebracht wurde. Wichtig für alle Teilnehmenden war auch, dass den Märtyrern nicht einfach „irgendwie“ gedacht wird, oder wir sie „einfach so vor uns hertragen“. Ihre Erfahrungen sollen als Ausgangspunkt und Grundlage für den heutigen Kampf in Österreich dienen, um noch konsequenter und besser dem Proletariat und den Volksmassen dienen zu können. Die Märtyrer zeigen, dass das wichtigste die Führung, die Kommunistische Partei ist, und gaben ihr Leben sie aufzubauen, zu stärken und zu schützen.

ARMUT UND RASSISMUS SIND NICHT ABWÄHLBAR!



15. Oktober: Aktiver Wahlboykott!

Wehrt euch und kämpft!